

10. Juli 1963

P/XVIII 131

Bonn, den 15. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite</u> | | <u>Zeilen</u> |
|--------------|---|---------------|
| 2a | Die "Horten-Allianz" Zur Kontroverse um Strauß, Erhard und Kende Von Franz Barsig | 132 |
| 3 | Um Volk und Staat verdient gemacht Zur zehnjährigen Wiederkehr des Todestages von Erik Nölting Von Heinz Kühn, MdL Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen | 38 |
| 3 | Endlich Ehrung für die Opfer des 20. Juli | 14 |
| 4 - 5 | Hindatwald-Abtrennung wird zum Politikum Antifranzösische Demonstration an der deutsch-französischen Grenze mit Mühe verhindert | 69 |
| 6 | Des "Jahrzehnt der Entwicklung" - nichts als Worte? Thant vor dem Wirtschafts- und Sozialrat Von Bruno Kuster, Gen ^e | 51 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

Die "Horten-Allianz"

Zur Kontroverse um Strauß, Erhard und Mende

Von Franz Barsig

Wer heute wagt zu behaupten, der "Rheinische Merkur" sei eine Zeitung, die der CDU nahesteht, der wird sich wahrscheinlich in der Öffentlichkeit einhandeln, daß er als "Lügner" und "Verleumder" bezeichnet wird. Trotzdem steht er der CDU sehr nahe, und man sollte zur Kenntnis nehmen, was diese Zeitung am 12. Juli 1963 schreibt:

"Mende malte die bundespolitische Rückkehr eines geläuterten Strauß an die Wand des Löwenbräukellers, Strauß erklärte Mendes Vizekanzlerschaft für eine Selbstverständlichkeit, und Erhard segnete durch seine Anwesenheit den seltsamen Bund mit mythischem Zigarrenrauch. Man wird sich an dieses magische Dreieck als eine wiederkehrende Figur der deutschen Innenpolitik gewöhnen müssen - was auch immer die Gründe sein mögen, die es zuwege gebracht haben".

Eigenartige "Verleumdung"

Man kann aus diesem Zitat ersehen, daß diese Zeitung die Dinge ruhiger und nüchterner beurteilt als die aufgeregten und getroffenen Herren, die in den letzten Tagen so leichtfertig von "Lüge" und "Verleumdung" gesprochen haben. Der Vorwurf der "Verleumdung" ist völlig unerfindlich, denn der Begriff Verleumdung setzt voraus, daß man jemanden durch Behauptungen wider besseres Wissen in seinem Kredit schädigen will oder ehrenrührige Dinge gegen ihn vorbringt. Im Kredit ist Erhard sicherlich nicht geschädigt und ob er es als ehrenrührig betrachtet, mit Vorsitzenden anderer Parteien gesprochen zu haben, unterliegt einzig und allein seiner Beurteilung. Ist es denn ehrenrührig, wenn er mit Strauß spricht? Die CSU soll doch eine Schwesterpartei der CDU sein; oder hat Erhard das Bapfinden, man dürfe mit Franz Josef Strauß zwar unter vier Augen sprechen, sich aber unter den Linden nicht mehr kennen?

Schon 1961

Es bleibt der zweite Vorwurf, nämlich der der "Lüge". Man ist es aber eine Tatsache, daß die "Horten-Allianz" auf Gegenseitigkeit Erhard/Strauß/Mende schon vor den Wahlen begründet worden ist. Dem kann niemand widersprechen und wer den Beweis aus jüngster Zeit dafür haben will, dem sei empfohlen, die letzte Sendung "Bayern fragt Bonn" vom 12. Juli 1963 nachzulesen, in der die Herren Donat (CSU) und Moersch (FDP) ausdrücklich bestätigen, daß dieses Bündnis schon vor den Bundestagswahlen 1961 geschlossen worden ist. Zu Zeiten der Regierungsbildung hingegen wurde diese Tatsache wider besseres Wissen auf Biegen und Brechen abgestritten. Wer prangert die Herren Dezentrierer der damaligen Zeit heute als Lügner an?

15. Juli 1963

Ihr Ziel hat die damalige Allianz nicht erreicht und die Beteiligten, die damals im geheimen wie Verschwörer verhandelten, haben sich gegenseitig sogar öffentlich Vorwürfe gemacht. So z.B. Dr. Mende, der am 1. Oktober 1961 in der Sendung "Unter uns gesagt" wörtlich ausführte:

"Ich gebe zu, daß wir wahrscheinlich in der ersten Runde etwas hart gespielt haben, Herr Wessel. Vielleicht waren wir zu diesem harten Spiel etwas ermuntert worden. Vielleicht haben wir auch zu viel in der ersten Runde in die Standfähigkeit der Partner gesetzt. Vielleicht sind wir da etwas enttäuscht".

Nun, die Partner, über die Dr. Mende sich enttäuscht äußerte, waren niemand andere als Franz Josef Strauß und Erhard.

Wer sagt die Wahrheit?

Nun ergibt sich die weitere Frage, ob diese Allianz nicht wieder belebt worden ist. Erhard sagt dazu, er habe zu keiner Gelegenheit über Fragen der Koalitionsbildung mit Strauß oder Dr. Mende gesprochen, noch sei der Wunsch zu einem solchen Gespräch an ihn herangetragen worden. Diese Behauptung ist offenkundig die Unwahrheit. Oder will er behaupten, daß er am Freitag, dem 19. April mit Franz Josef Strauß in München zusammengetroffen ist? Das war kurz vor der entscheidenden Fraktions-sitzung der CDU, CSU, die am 23. April in Bonn tagte und schließlich Erhard nominierte. Damals hatten nach diesem Gespräch die Herren, die heute mit dem Wort "Lüge" so leichtfertig umgehen, zunächst die Stirn, zu behaupten, man habe in diesem Münchener Gespräch über Agrarprobleme diskutiert. Das ist erwiesenermaßen falsch, denn am Montag, dem 22. April hat Franz Josef Strauß in der Landesgruppe der CSU - was die Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis nahm - über sein Gespräch mit Erhard berichtet. Er wich zwar aus und gab langatmige Erklärungen ab, aber schließlich gab er zu, daß er Erhard Vorschläge für die Kabinettsumbildung gemacht hat, ihm angeraten hat, sich von gewissen Leuten seiner Umgebung zu trennen und das Kabinett zu verkleinern.

Strauß selber also hat bestätigt, daß er mit Erhard über die Neubildung der Regierung gesprochen hat. Erhard sagt, er habe nie solche Gespräche geführt. Wer sagt also die Wahrheit, muß gefragt werden, Erhard oder Strauß, und vielleicht können sich beide und auch der so eilfertige Herr Rasner dazu äußern? Ja, auch Herr von Brentano ist angesprochen, wenn er trägt für Herrn Rasner und die Glaubwürdigkeit der CDU/CSU die Verantwortung. Strauß hat der Landesgruppe damals nur nicht berichtet, welche Pläne er Erhard über seine eigene Person vortrug. Will er weiter behaupten, daß über ihn nicht gesprochen wurde; da lassen nur die sprachwärtlichen Hühner darüber.

Nürnberger Abrede

Es wäre auch interessant, von allen Herren der CDU/CSU zu hören, was es mit der Nürnberger Abrede auf sich hat, vor der im Nordpress Pressedienst - am 9. Juli in einem Artikel berichtet wird. In dieser Ausgabe von Nordpress, dem größten privaten Pressedienst in der Bundesrepublik, den man nicht übersehen kann, und der bisher undementiert blieb, heißt es:

"Noch vor vier Wochen wollten Parteifreunde von Strauß zu berichten, der ehemalige Bundesverteidigungsminister wolle auf

einer früher in Nürnberg getroffenen Absprache bestehen, die ihm die Rückkehr in eine Bundesregierung unter Erhard garantiere. Es war dabei nicht vom Verteidigungsministerium die Rede, wohl aber zeitweilig vom Posten eines ressortlosen Vizekanzlers. Da die CDU und CSU in wahltechnischen und Koalitionsfragen als getrennte Parteien operieren, sollte die CDU den Kanzler, CSU und FDP aber je einen Vizekanzler stellen; FDP-Chef Mende, dessen Vizekanzlerschaft unter Erhard bereits unbestritten ist, hat sich in offenkundiger Kenntnis solcher Absprachen in allen Fragen einer Rückkehr von Strauß ins Kabinett größte Zurückhaltung auferlegt. Sie wurde ihm auf dem jüngsten FDP-Parteitag von weniger informierten Parteifreunden Übel angekreidet".

Der CDU/CSU und der FDP steht es frei, auch Nordpress als Lügner zu bezeichnen.

Es ist über die Rückkehr Strauß' ins Kabinett diskutiert worden, demgleich der Verlauf des FDP-Parteitages und auch die Furcht Erhards, sich mit Strauß zu belasten, diese Vorstellung vorerst zerschlagen hat, und Mende weiß darüber.

Die Telepathie

Mende, Strauß und Erhard schließen 1961 zunächst ohne Kenntnis ihrer Parteikörperschaften einen Komplott, Aderauer gleich zu stürzen. Strauß und Erhard verhandeln vor der entscheidenden Sitzung, in der seine Forderung erfolgte. Über "Agrarfragen", Mende versucht erst in einem Interview mit "Quick" und später auf dem Parteitag der FDP erfolglos, Strauß doch als Kabinettsmitglied wieder hoffähig zu machen. Erhard lobt Strauß in den höchsten Tönen auf dem CSU-Parteitag und alles fällt vom Himmel, alles ist nicht verabredet, alles erfolgt nur auf Grund von Seelenverwandtschaft oder Telepathie. Wer das glaubt, der soll weiter mit den Vorwürfen "Lügner" um sich werfen, er macht sich nur lächerlich.

In der Pressekonferenz der SPD am 8. Juli 1963 ist nach dem Stenogramm festgestellt worden: "Hinzu kommt, daß es immer deutlicher wird, daß es nach dem Kanzlerwechsel ein verabredetes Dreigestirn geben wird, nämlich Erhard, Strauß, Mende".

Dabei bleibt es und davon wird nichts zurückgenommen, und selbst wenn Herr Basner es meint, es erfolgt kein halber, noch ein viertel Rückzug.

Nach dem "Mittag" vom 12. Juli hat in Münster der CDU-Abgeordnete Kollmann, den die Sozialdemokratische Partei sonst gar nicht schätzt, deutlich erklärt: "Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, zu verhindern, daß Strauß wieder in die Bundesregierung hineinkommt".

Gut, gerade darum geht es. Die Herren aber, die "Lüge" und "Verleumdung" schreien, sollten wissen, daß diese Vorwürfe schon heute auf sie zurückfallen. Wie offenkundig ihr schlechtes Gewissen ist, haben schon die letzten Tage zur Genüge gezeigt.

+ + +

Um Staat und Volk verdient gemacht.

Von Heinz Kühn
Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen

Vor zehn Jahren verstarb der ehemalige nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister, Professor Erik Nölting. Professor Nölting war einer der bemerkenswertesten und erinnerungswürdigsten Persönlichkeiten der deutschen Parlamentsgeschichte. Als dieser Wirtschaftsprofessor 1928 als sozialdemokratischer Abgeordneter in den preußischen Landtag eintrat, wurde er einer der bedeutendsten kulturellen Sprecher der Fraktion. Das zur Entfaltung zu bringen, was einmal die "kulturellen Hintersassen" des Volkes genannt worden ist, die noch nicht geöffneten Kraftspeicher der Nation, die ungeheure Fülle der Begabungen und Fähigkeiten, die in den breiten Massen des Volkes verkümmert und brach liegen, das war diesem Mann die vordringlichste Aufgabe des demokratischen Sozialismus, den er im Sinne Ferdinand Lassalles vor allem als eine kulturelle Bewegung begriff. Es ging ihm nicht nur um eine materiell bessere Situation, eine ökonomisch vernünftige Ordnung, sondern um ein edleres Leben für alle. Was ein Historiker über einen großen französischen Sozialisten gesagt hat, hätte auch von diesem deutschen Sozialdemokraten gesagt sein können: "In seinem Herzen war Raum für die Lohnstatistik der Bergarbeiter wie für den Glanz eines Rembrandtschen Gemäldes. Sozialismus hieß ihm Wort für alle, aber im gleichen Atemzug Schönheit für alle!"

Erik Nölting war die Macht des durchgeistigten Wortes gegeben und Freunde und Gegner erinnern sich seiner von Redlichkeit und Leidenschaft erfüllten Streitgespräche. In unermüdlicher Arbeit hat sich Professor Nölting in den schweren Jahren, in denen es galt, das Land an Rhein und Ruhr wieder aufzurichten, zunächst als Generalsekretär für Wirtschaft in der Provinzialregierung Westfalen unmittelbar nach 1945 - von 1946 an, als sozialdemokratischer Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens, unvergessene und unvergessliche Verdienste erworben. Es waren die Jahre zählungen und hart-leidenschaftlichen Ringens gegen eine unsinnige Demontage und für die Rettung der Arbeitsplätze des Ruhrreviers. Noch seine letzte große Rede als Mitglied des Europarates galt dem Wiederaufbau der Ruhrindustrie und der Sicherung der deutschen Arbeiter.

In einer Zeit, die dazu neigt, das Leben und Wirken beispielgebender Persönlichkeiten dem Bewußtsein des Volkes allzuschnell entgleiten zu lassen, gedenken seine Freunde - und wir sind sicher, auch viele seiner ehemaligen Gegner - Professor Nöltinge als eines Mannes, der sich nicht nur um seine Partei, sondern um das ganze Volk unvergeßlich verdient gemacht hat."

Endlich

sp - Die Männer und Frauen des 20. Juli gingen vor 19 Jahren in den Opfertod, um vor aller Welt kundzutun, daß es auch ein anderes und besseres Deutschland als das des Dritten Reiches gebe. Der 20. Juli gehört zu den erhabensten Gedenktagen der deutschen Geschichte. Noch mag das Streben dieser Männer und Frauen nicht überall in unserem Volke die Würdigung gefunden haben, die es verdient, doch ohne den Widerstand gegen die Unmenschlichkeit und Rechtlosigkeit, gegen die Entwürdigung des Menschen und seines Mißbrauchs, der am 20. Juli 1944 den Höhepunkt erreichte, wären wir alle unendlich ärmer. Für die jetzige und die heranwachsende Generation ist die Tat des 20. Juli eine sittliche Kraftquelle. Auf den öffentlichen Gebäuden in der Bundesrepublik werden die Plägen in Erinnerung an diese Männer und Frauen wehen. Es ist gut, daß nun alle Länder dem Beispiel einiger Länder gefolgt sind und somit die Bedeutung eines Tages hervorgehoben wird, der weit in die Jahrhunderte hineinleuchtet.

Mandatwald-Abtrennung wird zum Politikum

Antifranzösische Demonstration an der
deutsch-französischen Grenze mit Mühe verhindert

Von Herbert Bermeitinger, Bonn

Die Abtrennung des sogenannten Mandatwaldes und andere Teile aus dem deutsch-französischen Grenzvereinigungsabkommens vom 3. Juli 1962, das am 21. Juni 1963 gegen die Stimmen der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen den Bundesrat passierte, droht zu einem Politikum zu werden. In einer Petition, die von 691 wahlberechtigten Bürgern der Grenzstadt Hornbach im Landkreis Zweibrücken, Pfalz unterschrieben wurde, ist die Landesregierung von Rheinland-Pfalz gebeten worden, alles zu unternehmen, um dem deutsch-französischen Grenzabkommen nicht zur Rechtsfähigkeit zu verhelfen. In der an Ministerpräsident Dr. Altmeier (CDU) gerichteten Bittschrift hat der Hornbacher Bürgermeister darauf hingewiesen, es sei ihm nur mit Mühe gelungen, eine anti-französische Demonstration seiner Bürger zu verhindern. Nachdem der genaue Wortlaut des Grenzabkommens der Einwohnerschaft bekannt geworden sei, hätten auch beruhigende Erklärungen von Abgeordneten oder von der Stadtverwaltung keine Wirkung mehr. Viele Bürger wüßten jetzt, es seien wesentlich Bauern... die ihren auf lothringischen Gebiet liegenden Grundbesitz endgültig verlieren sollten.

In der Petition der Bürger von Hornbach heißt es: "Die Bürger haben mit tiefer Enttäuschung erfahren, daß das deutsch-französische Grenzabkommen lediglich eine Rückgabe von 22 Hektar sequestrierten Hornbacher Bauernlandes vorsieht, während 93 Hektar bei der lothringischen Gemeinde Schweyen im Eigentum dieser Gemeinde verbleiben sollten."

Nach Ansicht der Hornbacher Bürger soll die französische Regierung daran die Gemeinde Schweyen verkauften Grundbesitz der Gemeinde Hornbach übertragen, wobei das Land oder der Bund die Gemeinde Schweyen für das entschädigen sollte, was diese für das Land der Hornbacher Bürger an die Sequester-Verwaltung gezahlt hat.

Die Unruhe unter den Bürgern von Hornbach hat noch zugenommen, seit bekannt wurde, daß ein Hornbacher Landwirt, der sein auf französischem Hoheitsgebiet liegendes Grundstück bearbeitete, von zwei französischen Zollbeamten mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurde, seine Arbeit einzustellen.

Unstritten ist im deutsch-französischen Grenzgebiet in der Südpfalz auch die Äußerung Ministerpräsident Altmeiers, daß nach juristischem Gutachten der Landtag von Rheinland-Pfalz nicht in den Ratifikationsprozeß eingeschaltet werden müsse. Altmeier behauptete während der jüngsten dreistündigen Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag, daß die Bundesregierung ihre Pflicht zur Konsultation entsprechend dem Grundgesetz erfüllt habe.

Demgegenüber verweisen anerkannte Juristen auf die wichtigsten Kommentare zum Grundgesetz, die einhellig der Meinung sind, daß der Bund ohne Zustimmung des für die Gebietshoheit zuständigen Landes keine Abtretungen oder Grenzberichtigungen vornehmen könne. Die Staatsrechtler verweisen vornehmlich auf die Kommentare von Maunz/Dürig und Mangoldt/Klein, die die Auffassung vertreten, daß selbst die Zustimmung des Bundesrates die fehlende Zustimmung des betroffenen Landes nicht ersetzen könne. So heißt es bei Maunz/Dürig: "Wird ein Stück eines Landesgebietes abgetreten ..., so genügt nicht die Anhörung des Landes. Vielmehr ist hier die Zustimmung des Landes erforderlich, da der Bund nicht die Gebietshoheit über die Länder und Landesgebiete hat und daher nicht allein für sich über Landesgebiete verfügen kann. Der Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages mit dem ausländischen Staat erfolgt auch hier durch den Bund allein ..., und zwar nach Zustimmung des Landes ... Auch bei Grenzberichtigungen ist ein Zusammenwirken erforderlich ..."

Das deutsch-französische Grenzabkommen, das die Gemüter in der Südpfalz erhitzt, wird voraussichtlich im Oktober dem Bundestag zur Ratifikation vorgelegt werden. Die Pfälzer hoffen, daß dann auch die staats- und verfassungsrechtlichen Bedenken, aber auch die Möglichkeiten ihm Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu einer liberaleren Lösung zukommen, deutlicher als im Bundesrat zur Sprache gebracht werden. Enttäuscht sind die Südpfälzer, die auf etwa 600 Hektar Land verzichten sollen, daß die Regierung von Rheinland-Pfalz einer Verfassungsklage gegen die Bundesregierung auf Grund von Artikel 23 GG nicht nähergetreten ist.

Das "Jahrzehnt der Entwicklung" - nichts als Worte ?

Von Bruno Kuster, Genf

Nur eine sehr magere Ernte würde die Aussaat schöner Worte lohnen, wenn die Regierungen nicht bereit sind, wesentlich größere Mittel für die dringenden Aufgaben der Entwicklungsförderung bereitzustellen, mahnte U Thant in seiner stark beschüttelten Rede vor dem Wirtschafts- und Sozialrat. Er beschäftigte sich eingehend mit den Schlußfolgerungen, die aus der großen Konferenz der Vereinten Nationen über die Anwendung von Wissenschaft und Technik zugunsten der Entwicklungsländer zu ziehen sind. Die "alles überschattende Finanzkrise der Vereinten Nationen" verbietet es der Weltorganisation gegenwärtig, neue kostspielige Unternehmungen einzuleiten, so wünschbar und dringlich sie auch wären.

UN als Katalysator

Angesichts dieser unerfreulichen Lage möchte U Thant die Wirksamkeit der Organisation in der Weise stärken, daß sie vermehrt die Rolle eines Katalysators - des Vermittlers und Anregers - spielt. Er geht dabei von der Tatsache aus, daß der Großteil der Entwicklungshilfe gegenwärtig über zweiseitige zwischenstaatliche Abkommen geleitet wird. Hier können die verschiedenen Organe der Vereinten Nationen nützliche Arbeit leisten, indem sie darauf hinwirken, daß zahlreiche Aufgaben nationaler oder regionaler Entwicklungspläne aus Mitteln bilateraler oder privater Hilfsprogramme finanziert werden.

Kann die Technik exportiert werden ?

Aber unabhängig von der Frage, aus welchen Quellen die Hilfsmittel in jedem konkreten Fall geschöpft werden können, steht nach U Thant die Schaffung wissenschaftlicher und technischer "Kraftzentren" in den aufstrebenden Ländern selbst im Vordergrund. Wissenschaft und Technik können nicht einfach aus dem Boden der fortgeschrittenen Länder in diejenigen der Entwicklungsgebiete verpflanzt werden. Es ist notwendig, jene besonderen Bedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, damit das wissenschaftliche, schöpferische Denken und forschen Wurzeln schlagen kann. Die bloße Übertragung technischer Gebrauchsanweisungen wird nie zur Auslösung eines selbständigen Entwicklungsprozesses ausreichen.

Jedes Entwicklungsland, betont U Thant, braucht seine eigene wissenschaftlich-technische Einrichtung, eigene Forscher und Techniker, die seine geistige Unabhängigkeit und den schöpferischen Dynamismus gewährleisten. Forschungsstätten sind deshalb für Entwicklungsländer ebenso notwendig wie Ausbildungsstätten, die oft beide in lokalen Universitäten vorteilhaft kombiniert werden können. Hinzu kommt, daß viele Probleme, denen sich die Entwicklungsländer gegenübergestellt sehen, nur innerhalb der unterentwickelten Welt selbst richtig untersucht werden können. Andere Probleme wiederum können bis zu einem gewissen Punkte in den fortgeschrittenen Ländern geklärt werden, die Erarbeitung praktischer Lösungen und deren Erprobung muß jedoch in die bedürftigen Gebiete selbst verlagert werden. Deshalb empfiehlt U Thant dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem Aufbau wissenschaftlich-technischer Kraftzentren in den Entwicklungsgebieten selbst erhöhte Beachtung zu schenken.

Um die Anstrengungen auf diesem Schlüsselgebiet, das zu lange vernachlässigt wurde, zu verstärken und zu koordinieren, spricht sich der Generalsekretär für die Bildung eines wissenschaftlich-technischen Beratungsausschusses als Hilfsorgan des Rates aus. Damit hat er sich deutlich vom Wunsche mancher Entwicklungsländer distanziert, die für die Gründung einer neu-sonderorganisation der Vereinten Nationen auf wissenschaftlich-technischen Gebiete agitieren.